



Gaza-Friedensrat tritt zum ersten Mal zusammen – Hamas-Entwaffnung bleibt ungelöst

In der amerikanischen Hauptstadt Washington hat sich am Donnerstag, 19. Februar der von US-Präsident Donald Trump ins Leben gerufene und präsierte «Friedensrat (Peace Board)» zu seiner ersten Sitzung getroffen. Besprochen wurde der geplante Wiederaufbau des im Krieg Israels gegen die Hamas stark verwüsteten Gaza-Streifens. Wie Trump danach erklärte, seien für den geplanten Aufbau-Fonds von den im Friedensrat vertretenen Nationen Vereinigte Arabische Emirate VAE, Saudi-Arabien, Kuwait, Marokko, Kasachstan und Aserbaidschan bereits sieben Milliarden USD (CHF 5.4 Mrd.) zugesichert worden. Die USA ihrerseits werde weitere USD 10 Mrd. (CHF 7.75 Mrd.) einschiessen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. In einem neuen Report schätzen die Weltbank, EU und UNO die Kosten für den Wiederaufbau von Gaza auf USD 53 Mrd. (CHF 41 Mrd.).

Zur geplanten Internationalen Stabilisierungstruppe (International Stabilization Force ISF) verlautete, dass Indonesien, Marokko, Kasachstan, Kosovo und Albanien ihre Beteiligung mit «Tausenden von Soldaten» zugesichert hätten. Die ISF soll in absehbarer Zukunft die israelische Armee IDF bei der Überwachung des Friedens in Gaza ablösen. Zuvor muss allerdings die Terrororganisation Hamas vollständig entwaffnet werden. Wie und durch wen dies geschehen soll, ist weiterhin unklar. Gemäss dem bulgarischen Diplomat Nickolay Mladenov, der vom Friedensrat als «High Representative for Gaza» mit der Umsetzung des 20-Punkte-Friedensplans beauftragt wurde, haben sich Ägypten, die Türkei und Katar auf einen Plan zur Entwaffnung geeinigt. Dieser Plan solle demnächst den Terrorgruppen in Gaza (Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad) unterbreitet werden. Seitens Hamas wurde bisher immer erklärt, man sei nicht bereit, alle Waffen abzugeben. In Israel geht man deshalb längst davon aus, dass letztlich die IDF für die Entwaffnung der Terrororganisationen in Gaza sorgen müssen. Nachdem diese keine Geiseln des Massakers vom 7. Oktober 2023 mehr als Faustpfand in ihrer Gewalt haben, hätte die israelische Armee dabei mehr Handlungsspielraum als in der Vergangenheit.